

**Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion
zum Haushalt der Gemeinde Jüchen 2010**

Was soll, was kann, was wird sich ändern?

**Dr. Holger Tesmann, Fraktionsvorsitzender
Ratssitzung am 25. Februar 2010**

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung !**

Eine neue Amtsperiode hat begonnen und der erste Haushalt soll beschlossen werden. Unser neuer Bürgermeister, Herr Zillikens, hat die Schonfrist der ersten 100 Tage gut bewältigt. Und so möchte ich an den Anfang meiner Haushaltsrede ein Kompliment stellen, dass vielleicht im späteren Verlauf nicht mehr so gut zur Geltung käme: Sie haben, Herr Zillikens, nach unserem Eindruck Ihre neue Aufgabe mit Elan, ja mit Leichtigkeit übernommen. Sie zeigen sich von Anbeginn in den Angelegenheiten der Ausschüsse und des Rats sachkundig vorbereitet. Sie führen ein entspanntes Gespräch in den Verhandlungen und haben, wenn ich alles richtig deute, z.B. in der Wirtschaftsförderung, in der Stadtentwicklung, in der Rekultivierung von Garzweiler I/II, in der Teilhabe der Jugend an der Kommunalpolitik erste, für uns positive Zeichen in Ihrer Amtsführung gesetzt.

Kommunalpolitik bleibt spannend, und ich stelle meine Ausführungen unter die Frage: **Was soll, was kann, was wird sich ändern?** Denn dass ein „Weiter wie bisher“ nie richtig ist, davon sind wir Sozialdemokraten überzeugt.

Aber zunächst: Was hat sich nach der Kommunalwahl geändert? Der Rat hat sich vergrößert, nachdem die CDU Mehrheit eine Verkleinerung abgelehnt hat. Hat sich damit etwas verbessert? Kaum. Es kostet ca. 30.000 €/Jahr mehr. Natürlich weiß ich: Dies ist das Ergebnis einer Wahl, in der Sie als CDU die absolute Mehrheit verloren haben. Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass das so bleiben wird, und werden daher gegen Ende dieser Wahlperiode den Antrag auf Verkleinerung des Rats erneut stellen, um eine nach Kompetenz und Kosten angemessene Gemeindevertretung zu erreichen.

Was hat sich politisch sonst geändert? Nichts Grundsätzliches, was bis jetzt zu erkennen wäre. Die absolute CDU-Mehrheit ist ersetzt worden durch eine absolute Mehrheit „Ratspartei“, man könnte sie auch „CFDGu“ nennen oder zu deutsch „Jamaika“, in der nach wie vor Ratskollege Norbert Esser den Ton angibt und die anderen Ratskollegen der Ratspartei mitmachen und mitstimmen.

Selbst die FWG scheint nach ihrem Wahldebakel auf Schmusekurs gegangen zu sein. Jedenfalls stimmte sie für einen zweiten stellv. Bürgermeister der Jamaika-Ratspartei, der sonst der SPD und ihrem Bewerber, dem vormaligen stellv. Bürgermeister Joachim Drossert, zugefallen wäre. Die FWG hatte dafür nämlich in einem **Kuhhandel mit der CDU** erreicht, dass zwei Ausschüsse vergrößert wurden, um der FWG in beiden Sitz und Stimme zukommen zu lassen. Andererseits wurde der Wunsch der SPD, den Hauptausschuss um zwei Sitze zu vergrößern, damit das Sitzverhältnis von SPD zu FDP dem Wahlergebnis entsprach, von allen abgelehnt. Es verwunderte (oder auch nicht), dass hier das so häufig beschworene Demokratieverständnis des Ratskollegen Thomas Dederichs/Grüne nicht klingelte. Denn schließlich profitierten die Grünen ebenso wie die FWG von dem Deal.

Eine Bemerkung zum Umgang miteinander will ich machen. Mir bereitet es große Freude, und es ist trotz mancher Frustration eine bereichernde Erfahrung, im politischen Leben meiner Gemeinde mitwirken zu können. Sie ist in großen Teilen ein aufregendes Abbild unserer ganzen Gesellschaft. Richtig ist, dass dieses ernste und verantwortungsvolle Spiel nicht nur von sachlich-kognitiven, sondern besonders auch von menschlich-emotionalen Momenten bestimmt wird. „Der Ton macht die Musik“, wie man sagt. Zweifellos verdient das Sprichwort gebührende Beachtung bei allen, und ich stehe nicht an, auf Vorhaltungen auch selbst ein Bedauern auszudrücken oder von anderen anzunehmen. Denn niemand sollte taub sein für die Misstöne in der eigenen Rede. Das gilt auch für die kürzlich veröffentlichte Kakophonie eines gewissen Funktionärs des Gemeindeparks. Wir alle sind Amateure in der Kommunalpolitik und keine Musikanten. Wer Musik liebt, insbesondere klassische Musik, der weiß, dass sie über weite Strecken der Durchführung von der Dissonanz lebt, die sich erst im Schlussakkord zur Grundharmonie auflöst. Die Grundharmonie aber ist in diesem Vergleich das Wohl der Gemeinde.

Gemeindefinanzierung

Ich sagte, Kommunalpolitik ist ein aufregendes Abbild unserer Gesellschaftspolitik. Hier in der Gemeinde kommt an, setzt sich um, wird erlebt und man kann auch sagen: wird erlitten, was große Gesellschafts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik bewirken. Der kommunale Haushalt 2010 spürt es drastisch. Allein das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz – andere sagen Schuldenbeschleunigungsgesetz – nimmt den Kommunen bundesweit 1,3 Mrd. € aus dem Etatansatz. Bund und Land reichen ihre Defizite nach unten an die Kommunen weiter. Die Schlüsselzuweisungen des Landes fallen für Jüchen um 2,65 Mio € geringer aus als im Vorjahr. Die Gemeinde erwartet aus den Anteilen der Einkommen- und Umsatzsteuer 1,1 Mio € weniger Einnahmen.

Wenn immer wieder zu Recht darauf hingewiesen wird, dass Bund und Land den **verfassungsmäßigen Auftrag der Kommunen** als Selbstverwaltungskörperschaften ausreichend zu finanzieren haben, so muss auch davon gesprochen werden, warum sie das heute nicht tun und – das ist das Entscheidende und Bittere - in Zukunft wohl auch immer weniger tun können.

Über Jahrzehnte hat eine marktradikale Ideologie mit Maximen wie „privat vor Staat“, „Deregulierung der Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte“, „share holder value“, „Senkung der Staatsquote“, „Senkung der Steuerquote“ usw. dafür gesorgt, dass die Sozialbindung des Eigentums immer mehr ausgehöhlt wurde und die ungleiche Verteilung von Macht und Reichtum zunahm. Auf einem historischen Gipfel ihres Wohlstands angekommen, kann die deutsche Gesellschaft ihre Schulen und Universitäten, die öffentliche Sicherheit und die Rechtspflege, die soziale Sicherheit und solidarische Unterstützung der Schwachen und Kranken nicht mehr bezahlen. Damit Arbeit sich wieder lohnt, müssen für die einen Mindestlöhne eingeführt werden, während die anderen beliebig unverdiente Bonus-Zahlungen kassieren.

Mit anderen Worten und für unsere kommunale Situation zugeschnitten: Was Konservative und Liberale heute vom Staat zur Unterstützung der Kommunen fordern, haben sie ihm vorher in ihrer Marktradikalität selbst aus der Hand genommen. Da beißt sich **die neoliberale Katze** in den Schwanz.

Entschuldungsstrategie

Diesen Zusammenhängen kann auch die Gemeinde nicht entfliehen. Dennoch muss sie die Spielräume nutzen, die sie immer noch hat, um das Wohl ihrer Bürger dauerhaft zu sichern. Das haben acht vergleichbare Kommunen in NRW erfolgreich getan, Langenfeld, Issum, Roetgen, Niederzier, Olfen, Raesfeld, Reken und neuerdings Breckerfeld, die heute schuldenfrei mit ausgeglichenen Haushalten da stehen.

Wie schön ist eine Wanderung durch die Gemeinde von Damm bis Neu-Holz, an allen Errungenschaften, „die wir geschaffen haben“, vorbei (das ist ja ein beliebtes Strickmuster Ihrer Haushaltsreden, Herr Esser und Herr Altenberg, in den letzten Jahren). Man kann sich daran freuen und wie ein Traumwandler alles andere vergessen. Wer das aber nicht immer kann und gelegentlich an die wachsende Zinslast, die Verschuldung und den Vermögensverzehr denkt, mit dem dies erkaufte wird, der kann in Alpträume geraten.

Sie sagen bei jeder Investition auf Kredit: „Wir schaffen Werte.“ Das stimmt vielleicht für den engen Bereich der Wunscherfüllung einer Interessengruppe. Für die gesamte Gemeinde sieht das allerdings ganz anders aus. Laut Planung 2010 kann die neue **Rekordverschuldung von 63 Mio €** mittelfristig (bis 2013) nicht abgebaut werden. Was wir aber abbauen, das ist unser bilanziertes Vermögen. Die Gemeinde verliert 30% ihres Eigenkapitals von 60 Mio €. Davon werden ca. 9 Mio € durch Kredite/Verschuldung gedeckt, aber ca. 9 Mio € gehen der Bilanzsumme verloren, ein **Verlust von Vermögenswerten** durch nicht erwirtschaftete Abschreibungen. Eine erfolgreiche Strategie sieht anders aus.

Z.B. bei einer Stadt wie Düsseldorf: Sie hat ihre Vermögenswerte eingesetzt, um schuldenfrei zu werden und fortan einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Die Zinsentlastung kommt nun den Bürgern zu Gute.

Zukunftsinvestitionen

Die SPD hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie nachhaltige Investitionen in die Zukunft auch unter Verschuldung für richtig hält. Sie hat dabei immer auf eine Entschuldungsstrategie gedrungen, die sich an der Finanzkraft der Gemeinde, am einsetzbaren Vermögen und an der Entwicklung ihrer Potentiale orientiert. Sie hat sich damit bis heute nicht durchsetzen können.

Für große Banken, die Pleite gehen, kommt das Geld aus dem Telefon. Sie müssen nur die Zentralbank anrufen. Das ist bei großen und kleinen Kommunen nicht so. Sie müssen ihre Finanzierung durch die Produktivität ihrer Gewerbebetriebe und die Steuerkraft ihrer Einwohner real erwirtschaften und durch ihr Vermögen abdecken.

Damit sind wir bei einem **Finanzierungskonzept** für die geplante Sporthalle in Gierath, das von der Jamaika-Mehrheit nicht gewollt wird. Eine erste Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der neuen Halle wurde im Hauptausschuss ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Schon sind falsche Zahlen im Umlauf. Denn die Nicht-Ausgabe von 1,1 Mio € Sanierungskosten für die alten Hallen ist keine „Einnahme“ im Finanzierungskonzept für die neue Halle. Das wäre ja eine schöne unversiegbare Ertragsquelle: Man muss bloß auf eine erforderliche Ausgabe verzichten, und schon hat man das Geld in der leeren Kasse. Nein, die Sanierungskosten werden lediglich zur neuen Investition umgewidmet, müssen ebenfalls durch Kredit aufgebracht werden und führen so zu einer Gesamtkreditaufnahme von 3,8 Mio € (statt 2,7 Mio € wie in der Presse berichtet). Der tatsächliche Ertrag aus dem Verkauf der Grundstücke ist 556 T€ und wird durch den Wertverlust der alten Gebäude samt Abrisskosten (814 T€) überkompensiert.

Mit einem Sportvertreter, der ausdrücklich erklärt, dass es ihm gleichgültig sei, woher das Geld für die neue Halle kommt, kann man darüber nicht reden. Es ist interessant, dass diese Aussage von Heinz Kiefer in keinem Presseartikel zitiert wird, obwohl sie in unserer Gegendarstellung als Kritikpunkt hervorgehoben wird. Heinz Kiefer wird mit dieser Haltung seiner Rolle als Sachverständiger im Sportausschuss nicht gerecht. Es ist aber unsere Verantwortung im Rat, die Frage der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung nüchtern zu untersuchen.

Die SPD hat dazu ein **Kompensationsmodell** vorgeschlagen. Ein brauchbares Vorbild hierzu ist die Sportstättenanierung in Jüchen und Hochneukirch mittels Kunstrasenplätzen, zumindest dann, wenn der Rat sich an den dabei getroffenen Deckelungsbeschluss hält. Es werden Grundstücke (Vermögenswerte) eingesetzt, um neue, gleiche Vermögenswerte zu schaffen.

Unser Vorschlag wurde abgelehnt. Das lässt sich aber nicht mit dem Allgemeinplatz begründen, dass die Gemeinde nun einmal gesamtschuldnerisch haftet. Das tut sie auch im Kompensationsmodell für die Kunstrasenplätze, denn schließlich könnte sie die Grundstückserlöse auch für eine anderweitige Schuldentilgung einsetzen.

Aber ein Kompensationsmodell leistet etwas anderes. Erstens: Es macht bewusst, dass für ein Ziel auch Verzicht geleistet werden muss. Denn nach unserer Vorstellung soll u. a. auch der ehemalige Kinderspielplatz „An der Maar“ in Bedburdyck dazu herangezogen werden. Und zweitens: Es macht klar, dass unsere Vermögensreserven nicht unendlich sind, denn man kann ein Grundstück nur einmal verkaufen. Und drittens: Es verlangt eine gezielte Wirtschaftsförderung mit vermehrten Aktivitäten, um die geplante Kompensation auch tatsächlich zu realisieren.

Letztlich wird damit die Bereitschaft in der Bevölkerung gefördert, für das, was sie haben will, auch unmittelbar zu bezahlen und nicht die Schulden in die Zukunft zu verschieben.

Haushaltssicherungskonzept

Die Gemeinde ist **seit dem 1. Januar 2010 im Nothaushalt** (vorläufige Haushaltsführung) und wird laut vorgelegter Planung ihn auch bis 2015 nicht verlassen können. Jede Investition bedarf der Ge-

nehmung durch den Landrat und den Regierungspräsidenten. Mein Eindruck ist, dass das Wort „**Nothaushalt**“ in den Reden – wenn überhaupt – nur sehr leise ausgesprochen wird und seine Konsequenzen öffentlich bisher nicht bewusst geworden sind.

Der vormalige CDU-Landrat hat in zwei Briefen zu den Haushalten 2008 und 2009 den **mangelnden Willen der Gemeinde zur Konsolidierung** beklagt. Hat sich das geändert? Der vorgelegte Entwurf eines Haushaltssicherungskonzepts lässt das nicht erkennen. Auch uns Sozialdemokraten ist klar, dass durch eine weitere Kürzung von Aufwendungen bei den freiwilligen Leistungen wenig zu erreichen ist. Stattdessen muss eine Haushaltskonsolidierung auch auf der Seite der pflichtigen Aufwendungen durch erhöhte Zuwendungen des Landes insbesondere bei steigenden Sozialausgaben ansetzen.

Aber ein HSK muss die ernstesten Anstrengungen der Gemeinde wieder spiegeln und die von der Kommunalaufsicht geforderten Angaben vollständig enthalten. In die Liste der **freiwilligen Leistungen** gehört auch der politisch motivierte Verzicht auf Gebühreneinnahmen. Wenn die recherchierbaren Daten stimmen, sind das 145 T€ im Jahr. Das ist zwar erstaunlicherweise weniger als im Vorjahr von der Verwaltung ausgewiesen, es ist aber im Vergleich zu den anderen Konsolidierungsbeiträgen eine beachtliche Summe. Sie beruht auf der Ausschöpfung der Eigenkapitalverzinsung. Im Gegensatz zu der immer wieder ungeprüft erhobenen Behauptung bedeutet das nicht zwangsläufig eine Gebührenerhöhung, da in der Kosten/Ertragsstruktur Möglichkeiten zur Kompensation gegeben sind.

Der Verzicht auf eine Ausschöpfung der Eigenkapitalverzinsung ist bei der gegenwärtigen hohen Verschuldung falsch. Er ist politisch falsch, weil mit konstanten Gebühren dem Gebührenzahler trotz Inflation und Kostensteigerungen gleichbleibende Verhältnisse vorgegaukelt werden. Er ist wirtschaftlich unvernünftig, weil er konstante Gebühren mit Krediten finanziert. Er ist unzulässig in einem Haushaltssicherungskonzept, das verlangt, die gebotenen Ertragsquellen vor einer Kreditaufnahme auszuschöpfen.

Der Bürger als Gebührenzahler freut sich bei **moderaten Gebühren** natürlich über ein Geschenk. Er muss es aber als Steuerzahler mit Kredit teuer bezahlen. Und das heißt letzten Endes: Die freiwilligen Leistungen der Gemeinde werden geringer, und zwar laut Planung 2010 erneut um 70.000 € gegenüber dem Vorjahr.

Im Übrigen schauen Sie mal ins Haushaltsbuch 2010 (S.464): Der Abwasserbetrieb plant für 2011 Gebührenerhöhungen um 8 Cent/m³ beim Schmutzwasser. Das war in 2009 für 2010 auch schon so und ist nur schematisch um 1 Jahr verschoben worden. Warum? Der Kommunalwahlkampf stand wohl vor der Tür. Aber man kann die Kostenerhöhungen der letzten vier Jahre um 500 T€ eben auf Dauer nicht mit konstanten Gebühren auffangen.

Wir haben das Thema einer **wirtschaftlichen Eigenkapitalverzinsung** in Ausschüssen und Verwaltung oft diskutiert. Das Beispiel wurde allmählich zum Symbol des mangelnden Willens der Ratsmehrheit, nachhaltig zu konsolidieren. Wir wollen das Thema nun auch von der Kommunalaufsicht prüfen lassen, und wenn ihre veröffentlichten Regeln zum HSK überhaupt Sinn und Biss haben, wird sich die Mehrheit bewegen müssen.

Entwicklungsstrategie

Worauf wir alle Anstrengungen mit Ideen und auch mit investiven Maßnahmen richten müssen, um zu einer nachhaltigen Konsolidierung zu kommen, das ist ein konsequenter Entschuldungskurs. Er verwirklicht sich in gesteigerter **Effizienz der Verwaltung**, verstärkter **Wirtschaftsförderung** und Einstieg in eine langfristige Planung der **Stadtentwicklung**.

Was die Verwaltungsstruktur betrifft, wird noch in diesem Jahr über ihre endgültige Organisationsform und die Besetzung der Stelle eines ersten Beigeordneten zu befinden sein. Es sollten weitere DV-technische Methoden etabliert werden, um die hohe Belastung der Verwaltung – die ich für meine Fraktion hier ausdrücklich und mit Dank für Ihre Leistung anerkenne, meine Damen und Herren von der Verwaltung – abzubauen.

Wir erhoffen uns von Ihrer Berufserfahrung, Herr Bürgermeister Zillikens, **organisatorische und systemtechnische Verbesserungen im IT-Bereich**, angefangen von der Straffung und Verfolgbarkeit der Verwaltungsabläufe, von der statistischen Auswertung von Daten und der Steuerung durch Kennzahlen über die Abwicklung von Bürgeranträgen, die Organisation von Planungsabläufen oder die Bereitstellung der Ratsdokumente bis hin zum digital generierten Unterjährigen Finanzbericht. Manches davon mag Zukunftsmusik sein, aber die Zukunft beginnt heute.

Es hat sich gerade in den letzten Jahren gezeigt, dass die **Gewerbeentwicklung** in der Gemeinde den Hauptbeitrag zu einer Konsolidierung leisten kann. Die SPD fordert daher eine Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzepts von 2005 im Lichte der bisher gemachten Erfahrungen. In einem schwieriger werden Wettbewerb müssen unsere Anstrengungen intensiviert und konzentriert werden. Herr Bürgermeister, nach Ihrem ersten Besuch auf der Immobilienmesse EXPO REAL haben sie unmittelbar einen Projektentwickler zur Vermarktung eines Gewerbegebiets an der Robert-Bosch-Straße eingeschaltet. Dies hätte nach unserem Vorschlag schon ein Jahr früher geschehen und zu einer Angebotspräsentation auf der letzten Messe führen sollen. Wir haben ein Jahr verloren in der Nutzung einer solchen Möglichkeit, was wir uns durchaus nicht leisten können. Wir wollen deshalb eine personelle Erweiterung und eine **Professionalisierung der Marktbearbeitung**. Das wurde von uns im Haushalt 2010 beantragt und von der Jamaika-Mehrheit abgelehnt. Und doch ist eine personelle Investition in diesem Sektor die einzig richtige Konsequenz.

Im viel zitierten „Wettbewerb der Kommunen“ spielen weiche Standortfaktoren für die Bevölkerungsentwicklung eine wesentliche Rolle. Den guten Worten und Verschönerungsaktionen müssen endlich nachhaltige Maßnahmen folgen. Die SPD fordert die konservative Mehrheit auf, in den Einstieg in eine langfristig angelegte Planung der **Stadtentwicklung** einzuwilligen. Es ist nicht zu erkennen, warum dies nicht in großer Gemeinsamkeit und unter Einbeziehung der Bürgerschaft gelingen sollte. Es bedeutet vor allem, die Attraktivität der Siedlungszentren und ihrer Märkte zu steigern, ein Programm der Altbestand-Sanierung zu formulieren und die Verkehrsführung für Passant, Fahrrad und Auto besser zu gestalten.

Die Verwaltung hat angekündigt, in diesem Sinne ein Werkstattverfahren zur Gestaltung des Adenauer-Platzes in Hochneukirch in Gang zu setzen. Wir begrüßen das sehr. Das trifft sich mit der Initiative, die wie vor einem Jahr für den Adenauerplatz begründet haben. Wir haben im Internet mit der Domain www.stadtentwicklung-jüchen.de ein Forum aufgebaut, das unter Beteiligung der Bürgerschaft alle Anregungen und Kritiken zusammentragen soll, die in einem **Werkstattverfahren** zu einer Neugestaltung der Ortslage umgesetzt werden. Ich biete - wie schon im Planungsausschuss - heute erneut an, unser Internet-Konzept der Verwaltung zu übergeben, um daraus mit den entsprechenden Anpassungen ein wirkungsvolles, von allen getragenes und vor allem genutztes **Instrument der Stadtentwicklung** zu machen.

Jede Veränderung, sei es in der Gewerbeansiedlung, in der Stadtentwicklung oder in der Verkehrsplanung, wirft neue Schwierigkeiten auf und erzeugt Ängste. Aber man darf sie nicht zum Vorwand einer Blockade nehmen. Denn für eine gedeihliche Zukunft der ganzen Gemeinde genügt es nicht, seine Ruhe oder das Kinderland seiner Erinnerung bewahren zu wollen. Jeder Erwachsene hat gelernt, dass das nicht gut geht. Wir müssen uns darauf konzentrieren, eine sozialverträgliche Lösung der neu sich zeigenden Probleme zu finden, wenn wir das Ziel selbst als nachhaltig und zukunftsweisend anerkennen können.

Wir habe es oft genug gesagt und begründet: Die **SPD-Fraktion lehnt den Haushalt 2010 ab**. Wir lehnen den Haushalt so lange ab, wie die herrschende Mehrheit nicht erkennen lässt, dass sie ein langfristiges Konsolidierungskonzept hat und dass sie bereit ist, die Bevölkerung in offener Diskussion einzubeziehen in eine Strategie zum Abbau der Verschuldung und zum Aufhalten des beginnenden dauerhaften Vermögensverlusts. SIE reden nur davon, die Verantwortung dafür zu übernehmen, aber Sie müssen für nichts haften. Wir wollen als heutige Opposition nicht das zukünftige Alibi für Ihre Mehrheit sein, wenn die Verschuldung und der Vermögensverlust der Gemeinde völlig außer Kontrolle geraten sind.